Innen machen uns bereits Sorgen um die Gesundheit unserer PatientInnen und unser Gesundheitssystem. Wir befürchten massive Leistungseinschränkungen und Beschneidung des therapeutischen und medizinischen Angebotes an unseren PatientInnen. Wir wollen keine Verhältnisse wie in England und Deutschland, wo PatientInnen notwendige medizinische Leistungen nicht mehr erhalten. Die Landesvertretung der AugenärztInnen wird vehement dafür eintreten, dass das hohe Niveau unserer Gesundheitsversorgung der

Bevölkerung erhalten und die Finanzierbarkeit gesichert werden muss. Die verantwortlichen Politiker sind gefordert.

Wir wünschen uns als ÄrztInnen, aber auch als potentielle PatientInnen, dass es gelingen möge, unser Gesundheitssystem gesund zu halten.

Mit den besten Wünschen für 2001 verbleibe ich

Ihre Dr. Helga Azem

Aus der Praxis für die Praxis

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sicherlich kämpfen auch Sie bisweilen mit ihren jüngeren Patienten, die unbedingt eine Verordnung für eine „Bildschirmbrille“ wollen.

Per Definitionem ist dies ein Arbeitsbehelf für den alterssichtigen Patienten an seinem Bildschirmarbeitsplatz. Dazu ist eine genaue Refraktionierung des Patienten, die Anamnese seiner Beschwerden sowie die Erläuterung seiner Arbeitsplatzsituation erforderlich. Daraus resultierend kann dann die entsprechende Bildschirmbrille verordnet werden.

Die Gebietskrankenkasse lehnt Brillenrezepte mit dem Vermerk „Bildschirmbrille“ ab. Daher ist eine Privat-Ver-

ordnung nötig. Aus der Definition der Alterssichtigkeit ist auch der Personenkreis, der für so eine Verordnung in Frage kommt, klar definiert.

Um die Argumentation mit den jüngeren Patienten, die nicht unter diese Vergünstigung fallen, zu erleichtern und um gegebenenfalls auch die Arbeitgeber aufzuklären, habe ich die beiden unten abgebildeten Schreiben entworfen, sollten Sie daran Interesse haben so sind diese Briefe telefonisch (402 85 40) oder per Fax (402 79 35) in der ÖOG kostenlos zu bestellen.

Ich hoffe, Ihnen damit gedient zu haben, und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr
Prim. Dr. P. Drobec, Präsident

Geschätzte Firma !

Immer wieder tauchen jüngere Patienten in der Ordination auf und begehren eine Brillenverordnung mit dem Vermerk „Bildschirmbrille“. Dieser Vermerk ist auf einem Krankenkassenrezept unzulässig. Eine private Verordnung, die gesondert verrechnet werden muß, kann diesen Vermerk enthalten. Es ist jedoch die Lesefähigkeit und die Akkommodation zu prüfen, da solche „Bildschirmbrillen“ erst ab dem Zeitpunkt der Alterssichtigkeit ihre Berechtigung haben (siehe beiliegende Erklärung). Um oft langwierige Diskussionen zu vermeiden, darf ich Ihnen diesen Sachverhalt zur Kenntnis bringen.

Mit freundlichem Gruß

Prim.Dr.P.Drobec

DEFINITION DER BILDSCHIRMBRILLE

Nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz dürfen Arbeitnehmer, die am Computer arbeiten, nicht durch Kosten für spezielle Sehhilfen belastet werden.

Der ÖGH hat entschieden, daß die Kosten für eine „Bildschirmbrille“ der Arbeitgeber zu tragen hat.

Der jugendliche Arbeitnehmer bis etwa zum 40. Lebensjahr besitzt eine normale Akkommodation und benötigt weder eine Lesebrille, noch eine spezielle Arbeitsbrille = Bildschirmbrille. Fehlsichtige Menschen in diesem Alter tragen Einstärkenbrillen oder Kontaktlinsen für alle Distanzen. Dies sind keine Bildschirmbrillen.

Erst bei der altersbedingten Lesesichtigkeit ist das Tragen einer Lesebrille für nähere Distanzen erforderlich. Da sich bei der Bildschirmarbeit das Lesegut, die Tastatur und der Bildschirm in unterschiedlichem Abstand zum Auge befinden, ist für diese Tätigkeit eine spezielle Nahkorrektur erforderlich = Bildschirmbrille. Für diese Arbeitsbrille kann der alterssichtige Patient einen Kostenersatz beim Arbeitgeber beantragen.

Prim. Dr. Paul DROBEC
Präsident der Österr. Augenärztesgesellschaft